



Sicherheitspolitik Bremen

www.sicherheitspolitik-bremen.de

Hans Bösenberg
Oberst a. D.

Oberländer Hafen 11, 01. Juni 2012
28199 Bremen
Tel.: +49-(0)421-69899793
Fax: 032223774007
hans.boesenberg@t-online.de

Newsletter 01. Juni 2012

Deutschlands Rolle in Europa und der Welt

Über zwei Jahrzehnte sind seit der Vereinigung Deutschlands vergangen, Jahrzehnte tiefgreifender, noch andauernder Veränderungen der globalen und europäischen Sicherheitsarchitektur, ohne dass Deutschland seine Rolle im internationalen Kräftespiel überzeugend gefunden hat. NATO und EU stellen nicht mehr den gewohnten, gefestigten Bezugsrahmen. Die Beziehungen zu Russland unterliegen naturgemäß fundamental revidierten Bedingungen.

Im Zuge der europäischen Finanzkrise (Staatsschuldenkrise) und der Neuorientierung der US-Politik gewann der Diskurs über die Rolle Deutschlands an Brisanz. Vorwürfe reichten von zu starker deutscher Dominanz bis zu mangelndem Führungswillen. Eine Kumulation des Diskurses bewirkte die deutsche Enthaltung (de facto Gegenstimme) im Falle des UN-Sicherheitsratsbeschlusses zum Libyen-Einsatz. Eine grundsätzliche Neuorientierung und Renationalisierung der deutschen Politik wurde für denkbar gehalten, die jahrzehntelange verlässliche Westorientierung und der europäische Impetus in Gefahr gesehen.

Das Nachdenken über Deutschlands Rolle führt zwangsläufig zur Frage der Rolle Europas in der Welt. Dass sich die EU in einer kritischen Entwicklungsphase in der Abwägung nationalstaatlicher und supranationaler Kompetenzen befindet, wird derzeit in der Bewältigung der Finanzkrise besonders deutlich. Regierungen scheitern reihenweise, die französischen Präsidenten- und griechischen Parlamentswahlen offenbarten ein stark wachsendes europaskeptisches bis -feindliches Potential, rechtslastige und populistische Protestbewegungen formieren sich, ein inner-europäischer Nord-Süd-Konflikt ist unübersehbar. „Die größte strategische Herausforderung für Europa ist derzeit Europa selbst“, meinte Helmut Kohl im vergangenen Jahr im Interview mit der Zeitschrift „Internationale Politik“ und mahnte Verlässlichkeit und Vertrauensbildung in der deutschen und europäischen Politik an. Dass selbst das Schengen-Abkommen, Aushängeschild der Erfolge europäischer Einigung, in deutschen und französischen Regierungskreisen zeitweise in Frage gestellt wurde, ist äußeres Fanal einer bedenklichen Entwicklung. Im ZEIT-Interview vom 26.04.2012 diagnostiziert Außenminister Westerwelle repräsentativ für einen vielstimmigen Chor: „Durch ganz Europa weht derzeit ein rauer Wind der Renationalisierung. In den meisten europäischen Ländern wachsen die Kräfte, die glauben, in einer als unübersichtlich und beängstigend wahrgenommenen Zeit der Globalisierung könne man sich in das heimische Biotop zurückziehen.“ Und er fährt fort: „Ich bin manchmal sprachlos angesichts der Realitätsverweigerung, mit der wir in Deutschland über diese Fragen debattieren. Deutschland ist in Europa relativ groß, aber relativ klein in der Welt des 21. Jahrhunderts.“

I. Deutschlands Rolle in Europa und der Welt - Sichtweisen

1. In einer Publikation des „European Council on Foreign Relations – ECFR“ mit dem Titel „Die neue deutsche Frage: Welches Deutschland braucht Europa?“ stellten Ulrike Guérot und Mark Leonhard bereits im April 2011 fest: „Selten ist Deutschland in Europa so wichtig gewesen und gleichzeitig so isoliert wie heute.“ Sie befinden, dass Deutschland aus der EU und der NATO ausbreche und sich damit von der europäischen Maastricht-Ordnung und der transatlantischen Nachkriegsordnung entferne, die bisher den natürlichen Rahmen der deutschen Außenpolitik bildeten. Deutschland müsse wieder europäischer werden. Es sei der beste Weg, „das deutsche Streben nach einer globalen Rolle mit der EU anstatt alleine erreichen zu wollen.“ Sie bilanzieren: „Deutschland ist zu groß, um sich Europa zu entziehen; dies würde die europäische Integration zerstören. Anders herum ist Deutschland zwar das größte Land in Europa, aber nicht groß genug, um der Hegemon Europas zu sein.“

2. Zwei Artikel in der Zeitschrift „Internationale Politik“ befassen sich ebenfalls mit der Thematik:
- Hans-Ulrich Klose und Ruprecht Polenz: „Wahre Werte, falsche Freunde“ (Ausgabe September/Oktober 2011),
 - Thomas Kleine-Brockhoff und Hanns W. Maull: „Der überforderte Hegemon – Ziele und Grenzen deutscher Macht“ (Ausgabe November/Dezember 2011).

a. Klose und Polenz mahnen Bündnissolidarität an, die Deutschland als Nutznießer der geostrategischen Entwicklung nach Ende der Blockkonfrontation leisten müsse. „Während des Kalten Krieges waren wir vor allem Konsument kollektiver Sicherheitsanstrengungen. Heute erwarten unsere Partner ein stärkeres Engagement Deutschlands dabei, Sicherheitsstrukturen zu schaffen.“ Der überragende Wert verlässlicher Solidarität werde nicht genügend als Leitlinie deutscher Außen- und Sicherheitspolitik beherzigt. Vielmehr zeige sich „eine deutsche Leidenschaft, ‚strategische Partnerschaften‘ auch mit solchen Staaten einzugehen, die von westlichen Werten wenig oder gar nichts halten, mit Russland etwa oder China.“

Auch das Empfinden für den Stellenwert des europäischen Einigungsprozesses eruiere. „Die EU ist unsere Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung und die einzige Gewähr dafür, dass Deutschland seine Interessen in der multipolaren Welt des 21. Jahrhunderts mit Aussicht auf Erfolg zur Geltung bringen kann. (...) Ob Energie, Klima, Finanzmärkte, Wettbewerb oder Verteidigung: Europäische Kooperation und nicht nationale Alleingänge werden uns dabei helfen, die Regeln für die multilaterale Weltordnung mitzugestalten. (...) Die Europäische Union ist eine Win-win-Konstruktion für alle Beteiligten, und wir Deutsche profitieren besonders davon.“

b. Kleine-Brockhoff und Maull stellen in ihrem Artikel die Grenzen deutscher Macht heraus: „Im Gegensatz zu Frankreich und Großbritannien besetzt Deutschland im UN-Sicherheitsrat keinen ständigen Sitz. Eine militärische Großmacht ist Deutschland schon gar nicht – und will es auch nicht sein. Der Verzicht auf eigene Kernwaffen ist wesentlicher Ausdruck dieser Selbstbeschränkung, die Deutschland auch nach 1989 konsequent fortführt. Im Vergleich zu anderen Groß- und Mittelmächten reduziert Deutschland seine Rüstungsausgaben seit 20 Jahren überproportional und fällt so im globalen Vergleich immer weiter zurück. Auch die jüngste Bundeswehrreform orientiert sich an haushälterischen Sparzwängen und nicht an außen- und sicherheitspolitischen Strategien. Dazu passt, dass Berlin sich seit Jahren kaum mehr um die gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik bemüht und damit das Feld der britisch-französischen Verteidigungszusammenarbeit überlässt.“ Die Autoren halten es für eine Illusion, Deutschland könne diese Defizite durch „soft power“ kompensieren. Wichtigste Quelle von „soft power“ sei Legitimität und Vertrauen. Und eben dieses Vertrauen setze Deutschland in seiner Bewältigung der europäischen Finanzkrise aufs Spiel. „Wenn also in Portugal und Irland debattiert wird, ob Deutschlands Garantiezusagen wirklich eine Art Marshall-Plan seien oder vielleicht eher ein Versailler Diktat ohne Krieg, dann läuft aus deutscher Sicht etwas falsch.“ Der sich abzeichnenden Machterosion müsse Deutschland begegnen durch „Förderung von Köpfen und Institutionen, Stärkung der sanften wie harten Machtgrundlagen, globale Kommunikation.“ Deutschlands „strategic community“ sei „auffällig unterentwickelt“. Erforderlich sei eine „kluge Machtinvestitionspolitik“, d.h. Investitionen in Personal und Institutionen. Die Elitenförderung gehöre ebenso dazu wie der Ausbau staatlicher Machtinstrumente, also Bundeswehr, Polizei und Nachrichtendienste. Das wesentliche Defizit deutscher Machtinvestitionspolitik sei jedoch, dass die deutsche Außenpolitik keine klare Vorstellung von ihren Zwecken und Zielen habe. Erfolgreiche Handelspolitik sei unzureichend, Außenpolitik brauche „langfristige Orientierungen und eine auf Nachhaltigkeit zielende Strategie“. Diese müsse sich heutzutage für die deutsche Außenpolitik in drei Aufgabenstellungen konkretisieren: Multilateralismus modernisieren (kreativ, flexibel, pragmatisch), Partnerschaften anpassen (an globale Machtverschiebungen), Europapolitik neu erfinden (Souveränitätstransfer).

3. Christoph Bertram befindet in einem Artikel in „DIE ZEIT“ vom 17.01.2012: „Deutsche Führung bleibt ein prekäres Unterfangen. Sie wird (...) den Schatten der Vergangenheit nie ganz entkommen. (...) Deshalb muss deutsche Politik europäische Führung wieder lernen. (...) Was Deutschland zum Führen fehlt, ist eine den ganzen Regierungsapparat erfassende, strategische Bemühung, Befindlichkeiten und Mentalitäten unserer Partner zu erfassen, zu respektieren und deren Interessen in Initiativen für gemeinsames Handeln sichtbar zu berücksichtigen“. Aber Bertram sieht letztlich Deutschland in der Verantwortung und in der Lage, diese Rolle auszufüllen.

4. In einer Grundsatzrede an der Harvard-Universität am 20.02.2012 verdeutlichte Verteidigungsminister de Maizière die Widersprüchlichkeit deutschen Rollenverständnisses vor historischem Hintergrund: „Eine deutsche Führungsrolle war mit Blick auf unsere Vergangenheit weder erwartet, noch gewünscht – ja, vielleicht sogar gefürchtet. (...) Angst vor der eigenen Stärke zu haben ist keine Leitlinie deutscher Politik. Verantwortung im Bündnis – ohne unsere Geschichte zu vergessen – das eignet sich eher als Leitlinie.“ Deutschland habe hierbei seit der Wiedervereinigung „ziemlich schnell einen ziemlich langen Weg“ zurückgelegt. Im Hinblick auf internationale Kooperation wies er darauf hin, dass „Verantwortungsteilung (...) dabei nicht zum Verlust von Souveränität führen“ muss. Er unterstrich selbstbewusst gewachsene europäische Werte: „Es sind zivilisatorische Errungenschaften wie Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und unser demokratisches Staatsverständnis, die auch über massive Veränderungen hinweg Bestand haben. Das gibt es nirgendwo auf der Welt. Und das trägt für die Zukunft.“ Spezifisch zur Frage der historischen deutschen Last fügte de Maizière im Interview mit der „Sächsischen Zeitung“ vom 24.03.2012 hinzu: „Es ist ein Erbe unserer Geschichte bis 1990, dass wir unsere sicherheitspolitische Verantwortung in erster Linie nichtmilitärisch beschrieben haben. Jetzt sind wir ein erwachsenes Land. Wir stehen zwar immer in der Verantwortung der deutschen Geschichte des Nationalsozialismus, das ist und bleibt so. Aber das darf keinerlei Ausrede bedeuten, dass wir unserer Verantwortung ausweichen.“

5. Der nicht ganz unbekannt italienische Publizist Eugenio Scalfari pointierte die deutsche Rolle im ZEIT-Interview vom 15.03.2012: „Wenn Deutschland eine Finanzpolitik betreibt, die den Euro scheitern lässt, dann wären die Deutschen für das Scheitern Europas verantwortlich. Das wäre die vierte Schuld nach den Weltkriegen und dem Holocaust. Deutschland muss jetzt seine Verantwortung für Europa übernehmen. (...) Einen europäischen Bund zwischen Völkern verschiedener Sprache und Geschichte zu schaffen ist sehr schwierig ohne Hegemonie. Und dieser Hegemon, oder sagen wir: diese Führungsmacht muss Deutschland sein. Wenn die Deutschen das nicht wollen, müssen sie Europa gefälligst stärken. Dabei muss man über die Finanzpolitik hinausdenken, eine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik anstreben. Europa hat zum Beispiel Anspruch auf einen Sitz im UN-Sicherheitsrat. So etwas muss forciert werden.“

6. In WELT Online stellt Michael Stürmer am 24.04.2012 fest: „Deutschland ist in Europa eine Schlüsselkraft ohne Schlüssel. Das einzige aber, was die Partner in der EU mehr fürchten als deutsche Führung, wäre fortdauernde Führungsverweigerung. (...) Deutsche Führung in Europa? Davon wird viel geredet, manchmal hoffnungsvoll, öfters angstvoll, immer aber, vor allem in Deutschland, mit gemischten Gefühlen. (...) Viele Blicke richten sich auf Berlin, aber die Protagonisten schauen betreten in die andere Richtung.“ Und zur Rolle Europas meint er weiter: „Aber die Politische Union blieb nicht mehr als eine Handskizze, mutlos entworfen, und alle Verhandlungsqualen seitdem, von Nizza bis Lissabon, schafften es nicht, über Symbolpolitik hinauszukommen.“

7. In der Zeitschrift „Internationale Politik“, Ausgabe Mai/Juni 2012, erschien ein Artikel des außen- und sicherheitspolitischen Kommentators Ulrich Speck unter dem Titel „Wie Deutschlands weltpolitische Mission aussehen könnte“ (<http://goo.gl/hO7Gj>) mit einigen innovativen Denkansätzen unter erweitertem Blickwinkel. Speck plädiert für eine „Renaissance des Westens“ in einem gleichberechtigten Bündnis USA-EU unter stärkerer Einflussnahme Deutschlands: „Deutschland muss deshalb seine außenpolitische Rolle neu definieren: vom Nutznießer der liberalen Weltordnung zu einem ihrer tragenden Pfeiler.“

„China, das neue Epizentrum der Weltordnung, könnte in einigen Jahren oder Jahrzehnten die Regeln der liberalen Weltordnung und die Art und Weise ihrer Durchsetzung in Frage stellen, vielleicht gemeinsam mit Russland.“

„Deutschland ist umso mehr auf den EU-Rahmen für die Entfaltung einer strategischen Außenpolitik angewiesen, als es selbst nicht glaubhaft über das Machtmittel des Militärischen verfügt, anders als Paris und London. Machttechnisch gesehen ist dies die Achillesferse Deutschlands – Bevölkerung und Eliten lehnen den Einsatz militärischer Mittel unter fast allen Bedingungen ab.“

„Ein neu konzipiertes Format für den EU-US-Gipfel könnte (...) sich zum zentralen Forum für die Koordination der Grundlinien westlicher Außenpolitik entwickeln. Wenn sich zwei Mal im Jahr der US-

Präsident und seine Außenministerin mit den Spitzen der EU und den sechs führenden Regierungschefs der EU (Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Spanien, Polen) sowie ihren Außenministern träfen (plus rotierend zwei Vertreter der kleineren EU-Mitgliedsländer), dann säßen alle wichtigen Akteure am Tisch. Ergänzt und erweitert werden könnte dieses Format dadurch, dass sich die jeweiligen Außenminister darüber hinaus noch zwei Mal jährlich treffen. Ein Generalsekretariat für die transatlantische Koordination in der Außenpolitik könnte aufgebaut werden, das zum Gravitationszentrum für die transatlantische Zusammenarbeit werden könnte. Eine profilierte Figur an der Spitze dieses Generalsekretariats könnte die Agenda setzen und sich zum Sprecher einer gemeinsamen Politik entwickeln.“

8. In der gleichen Ausgabe äußert sich Gideon Rachmann, außenpolitischer Kommentator der „Financial Times“, zum Führungsstil eines Deutschlands in Führungsverantwortung (<http://goo.gl/chkLJ>): „Um aus seiner prekären internationalen Lage herauszukommen, sollte Deutschland einen Führungsstil entwickeln, der seiner politischen Kultur entspricht: skeptisch gegenüber Militäreinsätzen, wohlwollend gegenüber dem Freihandel, zur Stabilität mahnend, ohne zu bevormunden.“

„Es ist wahrscheinlich, dass Deutschland weiterhin weniger als andere gewillt sein wird, militärische Lösungen für eine Reihe globaler Probleme zu erwägen. Diese deutsche Haltung kann Akzeptanz finden, ja sogar knurrigen Respekt. Aber das gilt nur, wenn Deutschland deutlich machen kann, dass seine nationalen Präferenzen auf Prinzipien beruhen – und nicht etwa einer Gleichgültigkeit gegenüber Menschenrechtsverletzungen geschuldet ist oder dem zynischen Wunsch, seine eigenen Handelsinteressen auf Kosten anderer Mitglieder der westlichen Allianz zu fördern.“

9. Ob Deutschland dem Anspruch eines „wohlwollenden Hegemons“ gerecht werden könne, beschäftigt Hans Kudnani (ebenfalls „Internationale Politik“, Ausgabe Mai/Juni 2012). Normen zu setzen, Stabilität zu produzieren, langfristige Ziele zu verfolgen und vor allem, Abstriche am nationalen Interesse zu Gunsten eines übergeordneten (europäischen) Gesamtinteresses in Kauf zu nehmen, sieht er als die entscheidenden Kriterien für die Erfüllung einer solchen Rollenerwartung an. Deutschland werde derzeit dieser Erwartung in keiner Weise gerecht. In der Finanzkrise „verfolgt Deutschland eher die Wirtschaftspolitik eines Kleinstaates als die eines Hegemons.“

10. Primär bezogen auf die NATO, aber für die EU ebenso aussagekräftig, beschreibt der renommierte Think Tank „Atlantic Council“ in seiner Studie „Anchoring the Alliance“ vom Mai diesen Jahres (<http://goo.gl/ekS3u>) Erwartungen an Deutschland: „The key strategic question facing Germany today is whether it can take the next step in its historic postwar transformation by becoming a more influential global power and a stronger military and political leader of Europe. (...) Europe cannot now remain relevant as a global actor if Germany does not show a greater commitment to lead. (...) Europe cannot remain a major force within the NATO Alliance if a country of Germany's size. Geography, and prosperity makes the kind of deep reductions in defense spending announced by Chancellor Angela Merke's government in 2011. (...) Today, Germany is an economic powerhouse but a second-rate political and military power“.

II. Deutschlands Rolle in Europa und der Welt - Initiativen

Im Kontext deutscher und europäischer Positionsbestimmung verdienen drei Initiativen besondere Beachtung:

1. In dem im Februar 2012 vom Auswärtigen Amt veröffentlichten Konzept „Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung teilen“ (<http://goo.gl/XvZTu>) zeigt sich die Bundesregierung bemüht, pro-aktiv eine Führungsrolle zu gestalten. Eingebettet in die EU sucht Deutschland seine Rolle wirtschaftlich und politisch gegenüber den neuen „Gestaltungsmächten“ zu definieren, d.h. primär in Bezug auf die BRICS- Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika), die sich zu einem neuen Machtzentrum formieren. Kritisch mahnt das „German Institute of Global and Area Studies – GIGA“ dazu europäische Visionen an, die in der Vergangenheit kaum erkennbar gewesen seien.

2. In einer deutsch-italienische Initiative fordern zahlreiche Europapolitiker parteiübergreifend die Revitalisierung eines europäischen Verfassungskonvents in sehr konkreten Schritten. Um nach der Unterzeichnung des Fiskalpaktes die Mängel des Lissabon-Vertrages zu überwinden, sei „der Inspiration von Alcide De Gasperi und Konrad Adenauer, Altiero Spinelli und Walter Hallstein [folgend] ... eine neue Initiative zugunsten der Konstituierung einer starken politischen Union mit einer föderalen Regierung“ zu starten (<http://goo.gl/Ek5XM>). Außenminister Westerwelle unterstützt diese Initiative vehement und fordert an anderer Stelle eine Volksabstimmung über einen neuen Verfassungsentwurf und die Direktwahl eines europäischen Präsidenten.

3. Von dem Soziologen Ulrich Beck und dem MdEP Daniel Cohn-Bendit wurde kürzlich das „Manifest zur Neugründung Europas von unten“ (www.manifest-europa.eu) initiiert, zu dessen Erstunterzeichnern politische, wissenschaftliche und literarische Prominenz zählt, von Richard von Weizsäcker, Helmut Schmidt, Javier Solana, Jacques Delors, Joschka Fischer, Martin Schulz über Jürgen Habermas bis zu Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller. Es propagiert „ein Europa der tätigen Bürger“ als Gegenmodell zu „dem bisher vorherrschenden Europa der Eliten und Technokraten“. Es will der europäischen Bewegung in der derzeitigen Krise neue Nachdenklichkeit und neuen Schwung verleihen, transeuropäische Öffentlichkeit und Identität fördern, das Vertrauen der Bürger in die EU steigern: „Es bedarf einer neuen Abstimmung zwischen Staat, EU, politischer Zivilgesellschaft, Markt, sozialer Sicherheit und ökologischer Zukunftsfähigkeit. Wozu ist Europa gut? Wie viel ist uns Europa wert? Welches Modell kann und soll die Zukunft Europas im 21. Jahrhundert gewährleisten? Das sind brennend offene Fragen. Unsere Antwort lautet: Europa ist ein Labor politischer und sozialer Ideen, wie es das nirgendwo sonst gibt. Was macht die Identität Europas aus? Man könnte sagen, das Europäische liegt im Dialog und -Dissens der vielen politischen Kulturen ...“

Zunächst mag der Gedanke nahe liegen, es handle sich bei dem Manifest um eine idealistisch-unverbindliche, etwas skurrile Gedankenspielerlei für das Feuilleton. Aber die zu Grunde liegende Defizitanalyse ist überzeugend. Das Manifest thematisiert die Notwendigkeit einer „neuen Abstimmung zwischen Staat, EU, politischer Zivilgesellschaft, Markt, sozialer Sicherheit und ökologischer Zukunftsfähigkeit“. Es will die so notwendige Aktivierung eines europäischen Bewusstseins in Ergänzung des nationalen und regionalen sowie eine europäische Öffentlichkeit fördern. Es konkretisiert einen Handlungsvorschlag in Form eines „Freiwilligen Europäischen Jahres für alle“, dessen Realisierungschancen allerdings nicht sehr hoch zu bewerten sind. In „Die Zeit“ vom 31.05.2012 erläutert Ulrich Beck anspruchsvoll: „Es geht also nicht nur darum, den Zusammenbruch des Euro, sondern auch den Zusammenbruch der europäischen Zivilgesellschaft – der europäischen Werte, der Weltoffenheit, der politischen Freiheit und Toleranz – zu verhindern.“

III. Deutschlands Rolle in Europa und der Welt – Thema der Münchner Sicherheitskonferenz

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz vom 03. bis 05. Februar 2012 avancierte das Thema an eine zentrale Stelle der Agenda. Eine Vielzahl von Teilnehmern ging darauf ein:

1. Bereits im Vorfeld der Konferenz warf ihr Leiter Wolfgang Ischinger in einem Interview mit dem „Bayernkurier“ am 28.01.2012 die Frage auf „Wohin steuert eigentlich Deutschland? Was ist los mit der neuen Zentralmacht Europas?“ Er stellte fest: „Von einer Führungsmacht wird erwartet, dass sie Verantwortung übernimmt, dass sie Anstöße gibt, dass sie Impulse setzt. (...) Und die deutsche politische Klasse wird sich an diese neue Führungsverantwortung gewöhnen müssen. (...) Es setzt ein erhebliches Umdenken voraus. Ich sehe aber keinen zwingenden Grund, warum wir diese Aufgabe nicht anpacken können.“ Er wies zugleich darauf hin: „Es erfordert eine intensivere Beschäftigung unserer Öffentlichkeit mit außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Eine Führungsmacht muss über ihre eigene Verantwortung und Machtausübung auch mit sich selbst diskutieren.“

2. Hillary Clinton war wie ihr Kabinettkollege Panetta bemüht, Irritationen im Gefolge der pazifischen Neuausrichtung der US-Politik zu relativieren und den Stellenwert Europas zu betonen. Clinton: „Europe is and remains America’s partner of first resort“. Dies konnte erwartungsgemäß europäische Zweifel nicht ausräumen. Schließlich war es Hillary Clinton, die im November 2011 in einem Grundsatzartikel in „Foreign Policy“ Amerikas pazifisches Jahrhundert ausgerufen hatte. Und auch die „US Defence Strategic Guidance“ vom Januar 2012 lässt wenig Zweifel an der substanziellen Prioritätenverlagerung zu, allerdings mit ausdrücklichem Hinweis auf Europa als auch zukünftig „principal partner in seeking global and economic security (...) for the foreseeable future“.

3. Westerwelle hob besonders auf eine Intensivierung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ab: „Eine stärkere GSVP muss sich für neue Partnerschaften öffnen. Das heißt konkret: Beteiligung der Vereinigten Staaten von Amerika, Russlands, der Türkei und anderer Partner an EU-Operationen. (...) Stabilität setzt voraus, dass Russland, die anderen Staaten Osteuropas, des Kaukasus und Zentralasiens ihren Platz in der euroatlantischen Sicherheitsgemeinschaft finden.“ Er spannte den weiten Bogen europäischer Sicherheitspolitik: „Es wäre ein fatales Missverständnis, Sicherheit nur militärisch zu definieren. Sicherheit im 21. Jahrhundert ist mehr als nur die Abwesenheit von Krieg oder Kriegsgefahr. Sie bedeutet immer mehr: Sicherheit unserer Gesellschaften, unserer Infrastruktur, unserer Energieversorgung. Eine moderne Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts wird zunehmend auf zivile Mittel setzen. Und sie muss kooperativ angelegt sein, um auch gegen die neuen asymmetrischen Sicherheitsbedrohungen Erfolg zu haben. Wir müssen unsere Zivilgesellschaften und Volkswirtschaften noch mehr füreinander öffnen und sie miteinander verflechten.“

Das ist ein Kernanliegen der OSZE. Und darauf zielt die EU mit ihrer Partnerschaftspolitik. Dabei geht es um wirtschaftliche Modernisierung und um die Bildung umfassender Freihandelszonen zwischen der EU und ihren Partnern. Je besser uns ein gesamteuropäischer Wirtschaftsraum gelingt, umso sicherer wird auch der Friede in Europa sein.“

4. De Maizière verwies insbesondere auf die EU/GSVP-Potentiale: „Ich halte mehr davon, die europäische Stimme in der NATO zu stärken als den Versuch zu unternehmen, ein europäisches Sicherheitsbündnis in Doppelung zu schmieden. Noch bleibt die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) weit hinter ihren schon bestehenden Möglichkeiten zurück“. Er wies auf die multinationalen Kooperationsprojekte „Weimarer Dreieck“ und „Gent-Initiative“ hin und auf solche im NATO-Rahmen wie das projektierte Aufklärungssystem „Alliance Ground Surveillance (AGS)“ oder das Air Policing im Baltikum und über Island. Dabei machte er allerdings auch die Konsequenzen deutlich: „Dabei müssen wir auch unsere Mentalitäten ändern. Man kann nicht smart defence wollen und Abhängigkeiten ablehnen.“ Abhängigkeiten dieser Art sieht er nicht als Ausdruck von Schwäche, sondern als „Nachweis von Vertrauen, Effizienz und Stärke“.

5. Der britische Historiker Timothy Garton Ash, der sich in den Medien häufig und akzentuiert zu Deutschlands veränderter Rolle äußert, griff in einem Diskussionsbeitrag Thomas Manns viel zitierte Forderung nach einem „europäischen Deutschland“ statt eines „deutschen Europas“ auf und stellte fest, es sei ein „European Germany in a German Europe“ entstanden. Deutschland sei, allerdings „unwillingly“, vom europäischen Beifahrersitz (neben Frankreich) in den Fahrersitz gewechselt.

6. Der polnische Außenminister Sikorski unterstrich als Diskussionsteilnehmer seine schon in Berlin im November 2011 geäußerte Ansicht: „Ich fürchte mich weniger vor Deutschlands Macht, sondern beginne mich vor Deutschlands Untätigkeit zu fürchten.“

IV. Deutschlands Rolle in Europa und der Welt – Herausforderungen und Chancen

1. Deutschland in Europa

Die krisenhaften Veränderungen des strategischen Umfeldes zwingen Deutschland, eine aktive Führungsrolle zu übernehmen, oder, positiv formuliert, sie bieten diese Chance. Wenn auch AltBundeskanzler Helmut Schmidt in seiner Rede auf dem SPD-Bundesparteitag im Dezember 2011 vor der Übernahme einer deutschen Führungsrolle in Europa warnte, da „eine zunehmende Mehrheit unserer Nachbarn sich dagegen wehren“ und „Deutschland in Isolierung fallen“ würde, so gewinnt doch zunehmend die Ansicht an Zustimmung, dass Deutschland verstärkt Führungskraft beweisen müsse. Vor allem Deutschlands Wirtschaftskraft begründet eine entsprechende Erwartungshaltung der Partnerländer.

Zu Recht wird erwartet, dass Deutschland internationale Verantwortung übernimmt, seine Interessen eindeutig formuliert und eine umfassende, wertgebundene, gestalterische Führungsstrategie entwickelt. Die transatlantische, vor allem aber die europäische Einbettung ist Grundbedingung einer solchen Strategie; dieser Grundsatz bedarf offensichtlich einer Revitalisierung. Im Politikstil sollten ein sensibler Umgang mit historischen Belastungen und ein zurückhaltender Auftritt in der EU gewahrt werden. Mit der in den letzten beiden Jahrzehnten betonten „Kultur der Zurückhaltung“ war Deutschland ebenso wie mit seiner Fürsprecherrolle für kleinere europäische Partner gut beraten. Nur so erwächst das Vertrauen, das den polnischen Außenminister Sikorski zu seiner oben zitierten Aussage zur Rolle Deutschlands bewog. Die in früheren Jahrzehnten den USA zugeordnete Klassifizierung als „Benign Hegemon“, als „Wohltollender Hegemon“, mag etwas zu anspruchsvoll gewählt sein, könnte aber durchaus Anregungen für die deutsche Rollengestaltung bereit halten. Ein Satz aus dem „Friedensgutachten 2012“ sei in diesem Kontext zitiert: „Führungsverantwortung ist etwas anderes als Herrschaft: Sie kommandiert nicht, sondern sie lebt davon, dass sie den Konsens organisiert.“ Kudnani stellt wesentliche Kriterien für diese Rollenausprägung heraus (s. Ziff. I.9): Normen setzen, Stabilität produzieren, langfristige Ziele verfolgen, Abstriche am nationalen Interesse zu Gunsten eines übergeordneten (europäischen) Gesamtinteresses in Kauf nehmen. Die von dem Sicherheitspolitiker Kiesewetter (MdB) gewählte Formulierung „Deutschland als Drehscheibe europäischer Handlungsfähigkeit“ trifft vereinfachend die Zielrichtung.

Die Erarbeitung einer nationalen Sicherheitsstrategie ist überfällig. Das Ressortdokument „Verteidigungspolitische Richtlinien (VPR)“ kann den Anspruch nicht erfüllen. Eine solche Strategie muss die Ziele der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik eindeutig definieren und die dafür erforderlichen gesamtstaatlichen Fähigkeiten benennen. Sie muss dabei Raum lassen für ein flexibles Reagieren auf die dynamisierten Rahmenbedingungen des 21. Jahrhunderts. Sie muss alle wesentlichen Politikfelder umfassen, dabei Umsetzungsprinzipien wie rechtsbegründete Multilateralität und Vernetzung beachten und die EU- und

NATO-Einpassung verdeutlichen. Neue Fragen stellen sich in der Post-Afghanistan-Zeit. Für die immer wieder erhobene Forderung nach einem „Nationalen Sicherheitsrat“ zur Entwicklung und Steuerung einer umfassenden, strategisch ausgerichteten Sicherheitspolitik sprechen darüber hinaus gute Argumente.

Fast alle EU-Staaten, so auch die einflussreichsten Deutschland, Frankreich und Großbritannien, haben unter den derzeitigen finanziellen Restriktionen bisher ungekannter Größenordnung ihre Sicherheitsstrategien überarbeitet. Dies geschah in der Regel unter rein nationalen Prämissen, ohne gegenseitige Abstimmung und ohne Redundanzenabbau. Es erscheint aber weder möglich noch sinnvoll, den VPR-Grundsatz „Breite vor Tiefe“ mit uneingeschränktem Fähigkeitspektrum zukünftig aufrecht zu erhalten. Schwer nachzuvollziehen ist, wenn Verteidigungsminister de Maizière im Interview („Die Zeit“ vom 16.05.2012) formuliert: „Deshalb gilt der Grundsatz, dass man nie von einem Staat abhängig sein sollte. Redundanzen machen also Sinn. (...) Wir verzichten auf keine bestehende Fähigkeit“. Christian Mölling von der SWP meint dazu, durch das Festhalten an allen Fähigkeiten „verkomme die Bundeswehr zu einer Bonsai-Armee, die zwar das gesamte Fähigkeitspektrum abdecke, aber kaum noch Durchschlagskraft besitze“ (Zitiert nach DER SPIEGEL vom 14.05.2012). „Pooling and Sharing“ (Fähigkeiten bündeln – Lasten teilen) muss vielmehr zur bestimmenden substanziellen Handlungsmaxime werden, sollte nicht nur appellativ als Einsparungsvorschlag missbraucht werden. Ohnehin darf der „Pooling and Sharing“-Ansatz in finanzieller nicht überschätzt werden: Er ersetzt erstens keine Haushaltsmittelansätze für erforderliche Fähigkeiten und zweitens bedürfen auch solche Projekte in der Regel einer Anschubfinanzierung. Aus „Pooling and Sharing“-Projekten resultierende gegenseitige Abhängigkeiten der Nationen müssen bewusst akzeptiert werden, als förderlich für das Projekt Europa sogar ausdrücklich begrüßt werden. Dies setzt allerdings Solidarität und gegenseitiges Vertrauen voraus. In dieser Hinsicht war Deutschlands Verhalten im Libyen-Einsatz überaus schädlich.

2. Die EU in der internationalen Sicherheitsarchitektur

Deutschland kann sich als globale Gestaltungskraft nur über die EU positionieren. Dazu bedarf es der Forcierung des europäischen Einigungsprozesses, der sich derzeit offensichtlich in einer kritischen Phase befindet. NATO-Bindung und verlässliche Russland-Beziehungen sind weitere Stützpfeiler deutscher Einflussnahme. Im Konfliktfall sollte die Hierarchie politischen Engagements lauten: Europa-NATO-Russland.

Weitgehend unbestritten ist, dass der Nationalstaat allein nicht allen heutigen globalen Herausforderungen gewachsen ist. Nationale Souveränitätsverzicht zugunsten weiterer europäischer Integrationschritte dürfen nicht gescheut werden, sind im Übrigen bereits in Grenzen durch Art. 24 des Grundgesetzes legitimiert. Ein ernsthafter grundsätzlicher Dissens zwischen der nationalen deutschen und der supranationalen europäischen Werte- und Interessenbestimmung ist wenig wahrscheinlich, Konfliktpotential und Solidaritätshindernisse sind in dieser Hinsicht kaum zu erwarten. Zu Recht schreibt Thomas von Dannwitz in der FAZ vom 22.03.2012: „Ist Souveränität also ein realistisches Ziel nationalstaatlicher Verfassungshoheit? Oder geht es nicht vielmehr darum, das Verhältnis von nationalstaatlicher Selbstbestimmung einerseits und internationaler beziehungsweise supranationaler Einbindung andererseits auf eine Weise zu bestimmen, die ein ausgewogenes Verhältnis von Autonomie und Gemeinsamkeit zu gewährleisten vermag? Die gemeinsame Ausübung von Hoheitsbefugnissen (...) bildet das richtige Forum, um ausgewogene Lösungen zu entwickeln.“

Die europäische Finanzkrise hat zwar einerseits Souveränitätsverzicht befördert, andererseits aber in der EU intergouvernementale Entscheidungsstrukturen zu Lasten supranationaler Integration gestärkt. Dieser letztere Prozess muss umgekehrt werden. Im Integrationsprozess verzichten Nationen nicht auf Souveränität, sondern sie übertragen und bündeln Hoheitsrechte, um sie wirksamer einzusetzen. Die Souveränitätsverlagerung muss sorgfältig austariert sein, um einem Demokratiedefizit zu begegnen. Letztlich kann es jedoch keine unüberwindbaren verfassungsrechtlichen Hindernisse geben, wenn sich demokratisch verfasste Nationen zu einem demokratisch begründeten Staatenverbund vereinen. Ob Entscheidungen dabei durch nationale Parlamente oder das EU-Parlament legitimiert werden, ist letztlich zweitrangig. Die Gemeinschaftsmethode ist nicht per se undemokratischer als das national legitimierte intergouvernementale Verfahren. Und demokratisch legitimiert sind auch die Repräsentanten des intergouvernementalen Systems, die Mitglieder des Europäischen Rates und Ministerrates, wenn auch nicht nach dem klassischen Gewaltenteilungsprinzip. Eine begleitende Vitalisierung demokratieförderlicher Bedingungen auf europäischer Ebene ist dabei jedoch notwendig. Dazu zählt beispielsweise die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips („mehr Europa“ heißt nicht zwangsläufig „mehr Zentralisierung“), aber auch die Ausformung wirklicher supranationaler Parteien und Medien. Die Wirklichkeit eilt den Konzepten häufig bereits voraus: Die Parlamentswahlen in Griechenland werden eher als europäisches Ereignis denn als nationales empfunden, eine europäische Öffentlichkeit ist ansatzweise zu erkennen.

Die EU sollte ihre Einflussmöglichkeiten in einer multipolaren Welt nicht gering bewerten. Sie ist – wie Volker Perthes in der Süddeutschen Zeitung am 08.02.2012 schreibt – prinzipiell besser geeignet als die USA oder gar China, „sich um die Bildung multinationaler Koalitionen zur konstruktiven Bearbeitung von Sachthemen zu bemühen“, denn „sie weiß aus eigener Erfahrung, wie schwer es sein kann, Konsens zwischen grundlegend gleichgesinnten Staaten zu schaffen. Dies verlangt allerdings, sich zunächst über die eigenen Interessen klar zu werden“. Wenn Europa und Deutschland es mit einer gestalterischen globalen Rolle ernst meinen, muss die stärkere europäische Integration bis hin zur politischen Union - einschließlich des Fernziels einer europäischen Armee - aus dem Status des Unverbindlich-Visionären in den des konkret Angestrebten gerückt werden. „Wir brauchen eine EU-Regierung, keinen permanenten Wiener Kongress“, sagt der EU-Parlamentspräsident Martin Schulz. Die Finanzkrise wird hier den notwendigen zusätzlichen Druck liefern, für strategische Weichenstellungen wie für die Realisierung zahlreicher Einzelprojekte.

Die Finanzkrise wird auch in den nächsten Jahren beherrschendes Thema der Europa-Debatte sein, da sie derzeit das europäische Projekt am stärksten bedroht – selbst wenn die Krise des Euro noch lange nicht das Scheitern der europäischen Idee bedeutet. Nach ersten erfolgreichen Schritten zur Finanzkontrolle im Euro-Raum werden weitere in Richtung einer finanzpolitischen Union zwangsläufig folgen. Aber auch andere Baustellen, vor allem die GASP und die GSVP, weisen dringenden Entscheidungs- und Handlungsbedarf auf. Integrationsschritte auf diesen klassischen Symbolgebieten nationaler Souveränität sind überfällig. Der Vertrag von Lissabon postuliert ausdrücklich die Verstärkung der Verteidigungsanstrengungen und zudem eine Beistandsverpflichtung. Dem polnischen Außenminister Sikorski ist voll zuzustimmen, wenn er in der Zeitschrift „Internationale Politik“ in der Ausgabe Mai/Juni 2012 mit den Worten zitiert wird: „Ich glaube, dass wir an der Schwelle zu einer neuen Stufe der Integration stehen, vergleichbar mit dem Schengen-Abkommen und der Bildung eines gemeinsamen Marktes: und zwar auf dem Gebiet der Verteidigung. Der Lissabonner Vertrag ist nicht perfekt, aber er gibt uns die Möglichkeit – nein, er verpflichtet uns zu einer dauerhaften, strukturierten Kooperation in der Verteidigung.“ Zugleich warnt er im SPIEGEL-Interview (Ausgabe 15.04.2012): „Ich fürchte, wenn ein Prozess der Renationalisierung einsetzt, wird er nicht mehr kontrollierbar sein. Deshalb müssen wir die Integration vorantreiben, die demokratischen Strukturen durch Direktwahlen stärken. Unsere Zukunft heißt Europa.“

Eine EU der unterschiedlichen Geschwindigkeiten darf nicht gescheut werden; Schengen-Abkommen und Euro-Zone sind beispielhaft. Das EU-vertraglich vorgesehene, bisher aber unzureichend genutzte Instrumentarium der „Verstärkten Zusammenarbeit“ und der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ bietet vielfältige Optionen zur Stärkung europäischer Handlungsfähigkeit. Dabei ist es durchaus wünschenswert, dass sich die mittleren und kleineren EU-Mitgliedsländer verstärkt und initiativ einbringen; Staaten wie Polen und Schweden praktizieren dies bereits. Sie unterstreichen damit eine Stärke des Modells EU, ohne die Führungsverantwortung der dominierenden Mitgliedsländer in Frage zu stellen.

Positive Entwicklungsansätze sind nicht nur denkbar, sie drängen sich teilweise geradezu auf. Die zahlreichen Projekte im Bereich der Verteidigung (wie Gent-Initiative, EU Battle groups etc.) sind bisher jedoch nur unzureichend fortentwickelt und umgesetzt. Schritte in Richtung Europa-Armee bieten sich als Avantgarde-Projekt an. Auf dem Weg zu diesem Endziel sind zahlreiche konkrete Schritte möglich und sinnvoll: gemeinsame Ausbildung (z. B. europäische Generalstabsakademie, zentralisierte Fachausbildung für bestimmte Waffensysteme), zivil-militärisches operatives EU-Hauptquartier, Ausbau der EU Battle Groups, Aufbau einer gemeinsamen Ostsee-Flotte. Diese Schritte stärken die militärische Leistungsfähigkeit und das strategische Gewicht der EU, auch wenn die Entscheidung über den Streitkräfteeinsatz bei den Nationen verbleibt. Mittel- und langfristig sind weitere nationale Souveränitätsabtretungen aber unvermeidbar. Nationen werden nicht mehr allein über Einsätze entscheiden können, allenfalls hinsichtlich der Verteidigung des eigenen Staatsgebietes und der Teilnahme an massiven Kampfeinsätzen wird nationale Autarkie aufrecht erhalten bleiben. „Pooling and Sharing“ ist erforderlich, das im NATO-Bereich im Übrigen keine neue Erfindung ist und dort in jüngster Zeit als „Smart Defense“ propagiert wird. Seit Jahrzehnten wird Kooperation dieser Art praktiziert (Beispiel AWACS), auch unter begrenztem Souveränitätstransfer, allerdings auch in der NATO nur in insgesamt unzureichendem Umfang. Mit „Pooling and Sharing“ wird zudem eine Stärkung des europäischen Gemeinschaftsgefühls auf militärischem Sektor einhergehen, wie die Erfahrungen mit der NATO-Integration zur Zeit des Kalten Krieges eindrucksvoll beweisen.

Die „Europäische Sicherheitsstrategie (ESS)“ von 2003, ergänzt durch den Solana-Bericht von 2008, genügt nicht mehr den Anforderungen des 21. Jahrhunderts. „Europa braucht eine neue Sicherheitsstrategie“ titeln Ronja Kempin und Marco Overhaus in SWP-Aktuell vom Februar 2012 (<http://goo.gl/SLtHR>), und sie reklamieren europäische Antworten auf den „Arabischen Frühling“, auf die neue US-Strategie, auf die aufstrebenden neuen Mächte. Sie fordern eine „ESS Plus“, die sowohl die allgegenwärtigen finanziellen Restriktionen als auch die „Lessons Learned“ der Interventionseinsätze der letzten beiden Jahrzehnte

berücksichtigt. Die EU muss in einer überarbeiteten Fassung ihre Strategiefähigkeit dadurch dokumentieren, dass sie ihre militärischen und zivilen Fähigkeiten klar definiert, deren Verknüpfung eine besondere EU-Leistungsfähigkeit begründet. Die Herausgabe eines europäischen Weißbuchs zur GSVP, das eine „grand strategy“ formuliert, wäre sinnvoll. Sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene sind vermehrt Gremien erforderlich, die kompetent und umfassend die Strategieentwicklung vorantreiben (Kompetenzzentren, Think Tanks). Dies ist besonders insofern zu fordern, als auf beiden Ebenen der öffentliche sicherheitspolitische Diskurs und die sicherheitspolitische Expertise in Politik und Medien defizitär sind. Der britische Think Tank „Centre for European Reform (CER)“ schlägt in seiner Studie „All alone? What US retrenchment means for Europe and NATO“ vom 01.03.2012 darüber hinaus einen „Annual European Intelligence Review“ vor: „... this should be conducted by a geographically representative group of senior experts outside active government duty (to make the review punchier than today’s anodyne assessments by the EU). Like its US counterpart, the National Intelligence Review, this would collate the various risks and threats faced by Europe“.

Unverzichtbar ist ein angemessener Platz Russlands in der euro-atlantischen Sicherheitsordnung. Russland sollte sich nicht vorrangig in einer ostorientierten „Eurasischen Union“ verankern, um deren Aufbau es sich bemüht. Diese wird vermutlich Konfrontations- und Ausgrenzungspotential entwickeln. Europäische Initiativen zur kooperativen West-Einbindung Russlands sind vielmehr notwendig, eng abgestimmt mit den USA und der NATO. Der negative Trend der letzten Jahre muss umgekehrt werden. Die kürzlichen scharfen Stellungnahmen des russischen Generalstabschefs Makarow zu den NATO-Raketenabwehrplänen sowie die Absage der Teilnahme Putins am G-8-/ NATO- Doppelgipfel vom 18.-21. Mai stellten kein gutes Omen dar. Die westliche und die russische Perzeption des Raketenabwehrsystems, dessen erste Phase auf dem NATO-Gipfel in Chicago einsatzbereit erklärt wurde, sind derzeit nicht kompatibel. Russland sieht das strategische Gleichgewicht und seine vorgebliche Großmachtstellung bedroht und will bei Einsätzen mitentscheiden, die NATO will lediglich Kooperation zulassen.

„DER SPIEGEL“ führt in seiner Ausgabe vom 26.05.2012 unter dem Titel „Kalter Frieden“ zu den deutsch-russischen Beziehungen aus: „Deutsche Regierungen sehen sich aufgrund der gemeinsamen, leidvollen Geschichte in einer Mittlerrolle zwischen den westlichen Partnern und Russland. Moskau wiederum kann nur über Berlin Einfluss in Europa ausüben. Aber ausgerechnet in einer Zeit, in der Deutsche und Russen zunehmend aufeinander angewiesen sind, steuern beide Länder auf eine Eiszeit zu“. Ex-Verteidigungsminister Volker Rühle merkt im Interview mit dem Deutschlandfunk am 04.05.2012 und in einem Beitrag in der Zeitschrift „CICERO“ vom 15.05.2012 kritisch an: „Russland gehört eigentlich im 21. Jahrhundert zum Westen, aber die NATO (...) ist nicht wirklich offen, Russland einen Platz im Westen anzubieten. (...) Das Verhältnis zu Russland ist nicht im Geiste einer gelebten strategischen Partnerschaft entwickelt worden“. Rühle ist Mitglied der Euro-Atlantic Security Initiative (EASI), die im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz ihren ausführlichen Bericht vorstellte. Die Initiative hat sich zum Ziel gesetzt, unter Einschluss Russlands ein Sicherheitssystem des euro-atlantischen Raumes zu konzipieren, das die Denkstrukturen der Vergangenheit überwindet, den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen ist und auf gegenseitigem Vertrauen und auf Kooperation gründet. Die Initiative hat sehr konkrete, mit Zeitvorgaben versehene Vorschläge formuliert. (<http://goo.gl/dt4Yt>). Der im Jahre 2008 vom damaligen russischen Präsidenten Medwedew ins Gespräch gebrachte Sicherheitsvertrag „Von Vancouver bis Wladiwostok“ hätte eine weniger brüske Ablehnung verdient; heute bieten sich der NATO-Russland-Rat und die OSZE als Gesprächsforen an.

3. Ausblick

Die Zivilmacht Europa muss sich als Gestaltungskraft im internationalen Umfeld offensiv einbringen. Das Modell „Staatenverbund“ ist kein fauler Kompromiss zwischen Bundesstaat und Staatenbund, sondern ein zwar schwierig zu handhabendes, aber besonders innovatives, lernfähiges und an neue Herausforderungen anpassungsbereites Zukunftsmodell für „responsible government“. Europäische „soft power“ entfaltet angereichert mit einem unverzichtbaren Quantum an „hard power“ Wirkungskraft. In seiner Dankesrede anlässlich der Verleihung des Karlspreises am 17.05.2012 kennzeichnete Wolfgang Schäuble das Modell Europa als „weltweit einmalige Mischung aus Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, aus demokratischer Teilhabe und Rechtsstaatlichkeit“. Und im „Friedensgutachten 2012“ der deutschen Friedensforschungsinstitute ist zu lesen: „Als Ergebnis der Anstrengungen, alte Feindschaften zu überwinden und Frieden auch durch Souveränitätsverzicht zu sichern, könnte die EU eine Vorreiterrolle für das neue ‚Positivsummenspiel‘ ziviler globaler Machtgestaltung übernehmen. (...) Die historische Erfahrung der EU, Frieden nicht durch Stärke, Gleichgewichtspolitik und militärische Überlegenheit zu sichern, sondern durch zwischenstaatliche Kooperation und Souveränitätsverzicht, ist eine Erfolgsgeschichte.“

Eine erneute Verfassungsdiskussion darf ebenso wenig ein Tabu sein wie die Bestimmung von Finalität und Identität Europas. Große Aufgaben drängen: Die weitere Demokratisierung von Entscheidungsstrukturen, die unverzichtbare Fortführung der Osterweiterung und die Ausformung der Nachbarschaftspolitik. Das Zentralproblem der Ungleichheit nationaler Wirtschaftskraft sowie der individuellen Lebenschancen in Europa muss als Aufgabe akzeptiert und solidarisch in Angriff genommen werden. Eine extrem ungleich verteilte Jugendarbeitslosigkeit von (geschönten) insgesamt 23% im EU-Raum stellt eine völlig inakzeptable Belastung dar. Mit der Annahme von Aufgaben wird auch das europäische Gemeinschaftsgefühl weiter wachsen. Die EU ist nicht am Ende, wie nicht wenige Auguren nach den Erschütterungen der Finanzkrise meinen. Sie wird sich vielmehr, wie schon so häufig in ihrer Geschichte, als lernfähig erweisen und nach weiteren Integrationsschritten gestärkt aus der Krise hervorgehen.

„In Vielfalt geeint“ lautet das Motto der EU. Ein Kontinent von über 500 Millionen Einwohnern mit beispielloser, in Jahrhunderten gewachsener Erfahrung und großen Kraftreserven wird auch im pazifischen Jahrhundert als Gestalter gebraucht, vorwiegend im Nachbarschaftsumfeld, aber auch global. Visionen gepaart mit Führungskraft haben die EU - trotz vieler zwischenzeitlicher Rückschläge - international zum Erfolgsmodell gemacht; sie müssen nunmehr an einer kritischen Entwicklungsschwelle die Einigung voran treiben. Wolfgang Schäuble wird in seiner Aachener Rede konkret: Direkte Volkswahl eines europäischen Präsidenten, Weiterentwicklung der EU-Kommission zur europäischen Regierung, Zweikammersystem aus Parlament und Länderkammer. Auch die derzeitige Krise ist zugleich Chance. Ohne ihre Kapazitäten zu überschätzen, muss und kann die EU als wertegebundene Ordnungskraft eine unsichere, multipolare, stark interdependente Welt mitgestalten. Im Wettbewerb mit autoritären Systemen liegen langfristig die Vorteile auf Seiten dieses Modells. Deutschland muss und kann dabei seinen bedeutenden Einfluss in der EU selbstbewusst, eigenständig und zurückhaltend zur Geltung bringen.